

Handwerkskammer aktuell

Donnerstag, 19. Januar 2006

Regionalausgabe der Handwerkskammer Düsseldorf

Jahrgang 58 - Nr. 1/2

GRUSSWORT DER KAMMERSPITZE ZUM JAHRESWECHSEL

2005 war ein politisch sehr denkwürdiges Jahr

Erwartungen des Handwerks an Entscheidungsträger im Land und im Bund sind hoch

Hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr. Die wirtschaftliche Lage des Handwerks ist weiterhin kritisch. Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Insolvenzquote ist immer noch hoch, und auch in den vergangenen Monaten gingen abermals viele Arbeitsplätze in unserem Wirtschaftszweig verloren.

Nur ganz zaghaft zeigt sich eine Stimmungsaufhellung am Horizont, die sich in den kommenden Monaten aber erst noch bestätigen muss.

Politisch gesehen war 2005 ein geradezu denkwürdiges Jahr. Im Mai 2005 gewann Dr. Jürgen Rüttgers überlegen die nordrhein-westfälische Landtagswahl. Das Handwerk verbindet mit der neuen Landesregierung die Hoffnung auf einen Aufbruch in NRW. Der Start der neuen Landesregierung ist durchaus Erfolg versprechend. Es ist zu spüren, dass die Landesregierung den Mittelstand ins Zentrum ihres politischen Handelns stellt. Das zeigte sich im Koalitionsvertrag und das zeigte sich auch in Gesten. Das erste Treffen von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers mit den Vertretern der nordrhein-westfälischen Wirtschaft fand in einem Handwerksbetrieb statt. Ein deutlicheres Signal konnte es nicht geben.

Grundsätzlich ist positiv zu vermelden, dass langjährige Forderungen des Handwerks von der Landesregierung ernst genommen werden. Das gilt für den § 107 Gemeindeordnung, der verschärft, und für die VOB, die künftig strikt eingehalten werden soll. So wurde mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW bereits eine Einigung erzielt, damit öffentliche Aufträge künftig mittelfristig in Teil- und Fachlosen ausgeschrieben werden. Dies sind ermutigende Ansätze, die jetzt mit Tatkraft auch gegen Beharrungskräfte innerhalb der Ministeri-

albürokratie umgesetzt werden müssen. Wir haben den Eindruck, dass sich Jürgen Rüttgers dieser großen Herausforderung bewusst ist. Und genau das ist die auch Messlatte, die wir an die Arbeit der künftige Landesregierung anlegen.

Ähnliches gilt für die neue Bundesregierung in Berlin. Einzelne erste Entscheidungen der Großen Koalition gehen in die richtige Richtung. Die begrenzte Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen und die Umstellung von der Soll- auf die Ist-Besteuerung bei der Mehrwertsteuer sind positive erste Schritte. Aufmerksam registriert haben wir auch, dass Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschen Handwerkstag in Düsseldorf eine Rückführung der Lohnzusatzkosten auf den Stand von 1989 als Ziel ihrer Regierung definiert hat. Diese Absichtserklärung ist uns sehr wichtig, denn es sind die Lohnzusatzkosten, die personalintensive Handwerksbetriebe in ganz besonderer Weise belasten. Zweifel sind allerdings angebracht, ob den Handelnden in Berlin klar ist, dass dieses Ziel nicht durch weitere kosmetische Reformen, zum Beispiel in den Sozialsystemen, erreicht werden kann. Notwendig sind schon einschneidende Strukturreformen. Reformen, an die sich die Bundesregierung bisher noch nicht herangetraut hat, die aber notwendig sind.

Um Reformen und die Frage, wie eine erfolgreiche Zukunftsstrategie für unsere Handwerksorganisation aussehen könnte, haben wir in den vergangenen Monaten auch in den Gremien des deutschen Handwerks beraten. Die Herausforderung besteht darin, Organisations- und Abgrenzungsprobleme aufzulösen, um so eine Effizienzsteigerung und ein modernes Erscheinungsbild zu erreichen. Im Verbund mit dem gesamten nordrhein-westfälischen Handwerk hat sich die Handwerks-

kammer Düsseldorf frühzeitig in dieser Diskussion positioniert. Einstimmig wurde ein Positionspapier zu den Grundsätzen einer Organisationsreform im Handwerk NRW beschlossen, das Grundlage für den Willensbildungsprozess in ganz Deutschland wurde. Wir haben diesem Papier den programmatischen Titel „Vorfahrt für Selbstverwaltung“ gegeben. Die Selbstverwaltungsidee ist uns ganz besonders wichtig. Wir in NRW sind nämlich fest davon überzeugt, dass nicht der Staat, sondern wir selbst am besten wissen, was für das Handwerk gut ist. Die eigenen Hausaufgaben müssen von Handwerk und Handwerksorganisation selbst erledigt werden. Dass wir hierauf auch in Zukunft nicht verzichten können, zeigt ein jüngst veröffentlichter Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Dezember 2005, der „Zweifel“ an der Verfassungsmäßigkeit der Meisterpflicht äußerte. Auch nach der letzten Novelle der Handwerksordnung geht die Diskussion um den Großen Befähigungsnachweis also weiter. Das muss uns alle anspornen, auch weiterhin mit unseren guten Argumenten für den Meisterbrief zu kämpfen, der für mehr Qualifizierung und für mehr Qualität steht. Dabei werden wir auch neue Wege beschreiten müssen. Das Handwerk im Regierungsbezirk Düsseldorf wird sich dieser neuen Herausforderung stellen.

In diesem Sinne wünschen wir allen Mitgliedsbetrieben unserer Kammer und allen dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gutes und erfolgreiches Jahr 2006.

Düsseldorf, im Januar 2006

Professor Wolfgang Schulhoff
Präsident
Dr. Thomas Köster
Hauptgeschäftsführer

Preisschock bei Energiekosten: Handwerk ist vorbereitet

Rasche Investition in die energetische Gebäudesanierung jetzt besonders rentabel

„Der Informationsbedarf der Hauseigentümer und deren grundsätzliche Bereitschaft, ihren Gebäudebestand energieeffizient zu machen, sind riesengroß“, berichtet Installateur- und Heizungsbauermeister Dirk Becker aus Willich.

Der Handwerksunternehmer hat seine Kundschaft zum Jahreswechsel über den Erwerb eines Fortbildungszertifikats zum Energieberater im SHK-Handwerk informiert und kann sich seither vor Anfragen kaum retten. „Vor allem Luft- und Erdwärmepumpen, aber auch die Wärmerückgewinnung per Abluftanlage sind stark gefragt“, ergänzt Dipl.-Ing. Lothar Hellmann, Inhaber eines hochspezialisierten

elektrotechnischen Unternehmens in Duisburg und Vorsitzender des NRW-Fachverbandes Elektrotechnische Handwerke.

Becker und Hellmann gehören zu der Phalanx an Handwerksunternehmern aus den gebäudenahen Handwerksbranchen in Nordrhein-Westfalen, die sich in den letzten Monaten systematisch auf den gestiegenen Energie-Sanierungsbedarf im Gebäude-Altbestand vorbereitet haben. Den Impuls hatten die Handwerkskammer Düsseldorf und mehrere Fachverbände des NRW-Handwerks in einer gemeinsamen Aufklärungs- und Qualifizierungsoffensive gesetzt. Das Aktionsmotto der Kampagne lautet: „Heizkosten senken!“

Ein gemeinsam entwickelter Info-Flyer für Handwerker und Endkunden mit praxisnahen Tipps zur energetischen Gebäudesanierung wird der Kammer „schiefer aus den Händen gerissen“, so deren Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Köster: „100 000 Flyer sind bereits abgerufen; weitere Auflagen im Druck.“ Die kostenlos telefonisch (0211/ 8795-351) oder per E-Mail (cramer@hwk-duesseldorf.de) bezugsfähige Mini-Broschüre listet durchschnittliche Sanierungskosten auf und enthält ein einfach gehaltenes Kalkulationsschema zur Ermittlung des Energiekennwertes des Gebäudes oder der Wohneinheit. Nähere Informationen unter:

www.hwk-duesseldorf.de

STAND.PUNKT

Europa in der Krise - und das „deutsche Problem“

Europa wurde in der Vergangenheit stets mit Unternehmungsgeist, Rivalität und dem Mut, sich neuen Herausforderungen zu stellen, assoziiert. Das heutige Europa präsentiert sich anders: ohne Bereitschaft zum Wettbewerb und zur Anpassung an neue Gegebenheiten. Im Gegenteil: Veränderungen werden als Bedrohung begriffen. Die bisherige liberale Grunddoktrin der EU, die in Europa Sicherheit, Wohlstand und die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft garantieren soll, prallt heftig mit protektionistischen Auffassungen zusammen. Alte Mitgliedstaaten stehen gegen die neuen.

Polen hat sich nach 1989 schnell auf die Regeln des freien Handels ausgerichtet. Unsere Märkte haben sich für Kapital und Waren aus dem Ausland geöffnet. Das war auch schmerzhaft: viele polnische Unternehmen mussten schließen. Der polnische Staat hoffte auf Entschädigung: dass sich mit dem Beitritt zur EU auch die Arbeitsmärkte der anderen Mitgliedstaaten öffnen. Das ist leider nicht geschehen. Warum das so ist, hängt mit den Problemen nationaler Volkswirtschaften in Europa zusammen.

Hiermit möchte ich nun über das „deutsche Problem“ sprechen. Meiner Meinung hat Deutschland versäumt, rechtzeitig sozialwirtschaftli-

che Reformen durchzuführen, hat nach der Wiedervereinigung das teure Sozialversicherungssystem auch auf die neuen Bundesländer erstreckt. Das Volk wurde nicht gefragt; auch nicht zur EU-Erweiterung. Dies schwächt die Position des Landes in der Perspektive des europäischen Integrationsprozesses.

Wie können wir diesen Integrationsprozess retten? Richten wir den Blick auf die Dienstleistungsfreiheit. Denn hier sind die Vorbehalte, aber auch die Chancen am größten. Gegen einen freizügigen Verkehr von Dienstleistungen wird ins Feld geführt, er führe zu einem Export von Industrien und von Arbeitsplätzen. Nun, England boomt trotz einer besonders dynamischen Steigerung von Outsourcingprozessen in diesem Sinne. Wir sollten uns bewusst werden, dass die Verlagerung von Dienstleistungen ein natürlicher, gesunder Vorgang ist.

Eine Untersuchung der KfW-Bank über die Effekte von Produktionsverlagerungen ins Ausland auf den deutschen Arbeitsmarkt hat außerdem belegt, dass 19 Prozent der befragten Firmen keine Effekte feststellen und 60 Prozent der Firmen Arbeitsplätze durch den Standort-Transfer bewahren konnten. 21 Prozent der Unternehmen reduzierten Personal.

Die unvollständigen Freiheiten



Leszek Janowski

für die neuen EU-Mitgliedstaaten haben gefährliche Folgen: Dort, wo von den per EU-Vertrag gesicherten Freiheiten Gebrauch gemacht wird, nutzen die Medien die kranke Atmosphäre aus und bedient sich die Politik populistischer Parolen. Das Resultat dieser Handlungen ist eine Steigerung von fremdenfeindlichen Tendenzen.

In dieser Situation ist der deutsch-polnische Dialog eine Notwendigkeit. Wir müssen uns gegenseitig informieren und Aufklärung verschaffen, um uns besser verstehen zu können. Vor diesem Hintergrund freue ich mich sehr, dass die Zusammenarbeit der Handwerkskammern Düsseldorf und Warschau die politischen Wandlungen sehr gut überstanden hat. Ich bin sogar der Meinung, dass sich mit dem EU-Beitritt Polens noch mehr Gebiete finden werden, auf denen wir zusammenwirken können.

Leszek Janowski, Präsident der Handwerkskammer Warschau

Einführung zum „Stand.Punkt“

Die deutsche Politik hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht

In unserem Kammerbezirk sind - Stand 30. November 2005 - 2 874 selbstständige Fliesenleger registriert. Dreieinhalb mal so viele wie am 31. Dezember 2003, dem Tag vor In-Kraft-Treten der Novelle der Handwerksordnung. Von den gut 2 000 Personen, die in den neuerdings zulassungsfreien Handwerksberufen insgesamt registriert worden sind, hat mehr als ein Drittel einen ausländischen Pass. Das Gros stammt aus Polen. Vorausgesetzt, dieser Personenkreis ist tatsächlich selbstständig tätig, passiert das alles völlig korrekt. Die Rechtsgrundlagen dafür finden sich in der Handwerksordnung und im Vertrag zur EU-Erweiterung.

Nachdem sich Anhaltspunkte auf einen Einsatz eines Teils der registrierten Unternehmer als unselbstständig Beschäftigte in Baukolonnen verdichtet hatten, ist die Handwerkskammer Düsseldorf sofort tätig geworden und hat den gesetzlich vorgegebenen engen Rahmen bei der Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine selbstständige Tä-

tigkeit vorliegt, in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium voll ausgeschöpft. Seither werden Nachweise wie die Steuernummer und eine Bestätigung des Vermieters zur gewerblichen Nutzbarkeit der angegebenen Firmenräume verlangt. Das alles hat den Drang in die Handwerksrolle bisher nicht stoppen können.

Ich sage ausdrücklich: Die Kritik an Personen, die die momentan noch eingeschränkte Dienstleistungsfreiheit ausnutzen, ist keine Kritik „an Polen“, noch „an Ungarn“ oder „an der Tschechischen Republik“. Weder am Staat noch an seinen Bürgern. Es ist eine Kritik an der deutschen Bundesregierung. Diese hätte erstens mehr Sorgfalt bei der Reformierung der Voraussetzung für berufliche Selbstständigkeit im Handwerk obwalten lassen müssen.

Zweitens: Auch bei der Abfassung des EU-Eingliederungsvertrags mit den neuen Mitgliedsstaaten hat es an Sorgfalt gemangelt. Die mit unterzeichnende Bundesregierung hat übersehen, dass die im EU-Ver-

trag vorgenommene Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit auf sieben Jahre nicht ausreichend greift, wenn anderswo - zum Beispiel bei der Scheinselbstständigkeit oder im Melderecht - gesetzliche „Einfallstore“ neu geöffnet werden. Vor allem aber hat Deutschland seine wirtschaftspolitischen Hausaufgaben nicht gemacht. Insbesondere bei den Lohnzusatzkosten ist Deutschland unverändert Weltmeister.

Deshalb ist es wichtig, die Sicht der Dinge unserer polnischen Partner zu präsentieren. Leszek Janowski, Präsident der Handwerkskammer Warschau, mit der die Kammer Düsseldorf seit Jahrzehnten eine enge und vertrauensvolle Bindung unterhält, hat im Rahmen seines letzten Besuchs in Düsseldorf zu der schwierigen Thematik aus seiner Sicht Position bezogen. Wir müssen die Argumente von Präsident Janowski ernst nehmen. Wir geben diese in verkürzter Form in diesem „Stand.Punkt“ wider.

Dr. Thomas Köster



Schornsteinfeger brachten Glückwünsche für 2006

Auch zu Beginn dieses Jahres kamen Repräsentanten des Schornsteinfegerhandwerks in die Kammer, um Präsident Professor Wolfgang Schulhoff (3.v.l.) und Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Köster (4.v.l.) alle guten Wünsche für 2006 zu überbringen. Die vier schwarzen „Käals“ (v.l.): Innungsgeschäftsführer Bernhard Weyerstraß, Landesinnungsmeister Günter Nellen, der Düsseldorfer Obermeister der Schornsteinfeger-Innung Andreas Ehlert und Schornsteinfegermeister Michael von Wenczowsky. Foto: Ehlert